

Klimawandel: «Global Governance» als problematischer Lösungsansatz



HENRIQUE SCHNEIDER * • Februar 2020

Zusammenfassung

- Eine methodologische Sorgfalt beim Anpacken der Herausforderungen mit dem Klimawandel ist wichtig und hilfreich, weil es zu verhältnismässigerem Handeln führt. Zumindest kann damit erkannt werden, was man wissen (und möglicherweise tun) kann und was nicht bekannt ist (und daher nicht getan werden kann).
- Diese methodologische Sorgfalt umfasst verschiedene Abklärungen. Etwa: Könnten die unbeabsichtigten Folgen des Versuchs, den Klimawandel durch politische Interventionen zu kontrollieren, schlimmer sein als die Vorteile einer tatsächlichen Eindämmung des Klimawandels? Ist es möglich, dass die Schaffung von zentralisierten globalen Machtstrukturen mit dem Ziel, den Klimawandel einzudämmen, in Tat und Wahrheit eine ganze Reihe von Katastrophen auslösen könnte?
- Je weniger individuelle Freiheit es aufgrund staatlicher «Klimaschutz»-Interventionen gibt, desto weniger Raum existiert für die Entfaltung des Unternehmergeists und des Wettbewerbs – und umso weniger Innovation und technologische Entwicklung wird es geben. Dies ist ein Problem für die Befürworter des staatsgelenkten, planwirtschaftlichen Klimaschutzes unter Führung eines globalen Steuerungsorgans.
- Ohne individuelle Freiheit und Wettbewerb gibt es keinen Klimaschutz und keine Lösung für den Klimawandel. Wer sich glaubwürdig für Klimaschutz einsetzen will, sollte daher nicht eine Zentralisierung der Politik und eine «Global Governance» fordern, sondern sich für Dezentralität, freie Marktwirtschaft und individuelle Freiheit einsetzen.

* Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Nordakademie Hochschule für Wirtschaft in Hamburg und stv. Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv).

Margaret Thatcher analysiert in ihrer Autobiografie die zentralisierenden Tendenzen der Europäischen Union. Ihrer Meinung nach sind diese Tendenzen nicht das Ergebnis einer einzigen, wohlwollenden oder böswilligen zentralen Kraft, sondern das Ergebnis eines Geflechts von Allianzen und verwickelten Motiven. So diagnostiziert Thatcher:

«The Franco-German federalist project was wholeheartedly supported by a variety of different elements within the Community – by poorer southern countries who expected a substantial payoff in exchange for its accomplishment; by northern businesses which hoped to foist their own high costs on to the competitors; by socialists because of the scope it offered for state intervention; by Christian Democrats whose political tradition was firmly corporatist; and, of course by the Commission which saw itself as the nucleus of a supranational government.»¹

Thatcher war ebenso wachsam für die Probleme, die solche Bündnisse aufwerfen, insbesondere wenn diese behaupten, Vehikel eines «moralischen Guten» oder eines «Ideals» zu sein:

«I had by now heard about as much of the European ‘ideal’ as I could take [...] In the name of this ideal, waste, corruption, and abuse of power were reaching levels which no one [...] could have foreseen».²

Während Thatchers spezifische Kritik auf die EU abzielte, lässt sich die von ihr beschriebene Dynamik leicht auch auf die globale Debatte über den Klimawandel übertragen. Seit der Einführung einer «Global Governance» im Jahr 1992 sind der Verwaltungskorpus und die internationalen Vereinbarungen im Zuge der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) enorm gewachsen. Mit ihren Unterorganen, Gremien, Behörden, Mechanismen, Instrumenten, Protokollen, Entscheidungen und Sekretariaten ziehen die jährlichen Klimakonferenzen rund 20 000 Menschen an, die gerne um den Planeten jetten – etwa nach Rio de Janeiro, Bali, Santiago de Chile, Marrakesch oder Cancún – um auf Massnahmen gegen den Klimawandel zu drängen. Bei diesen Verhandlungen geht es fast immer um die Forderungen nach einem Mehr an zentraler Planung und globaler Steuerung.

Neben den Gründen, die Thatcher in ihrer Analyse aufgeführt hat, gibt es verschiedene Motive und Allianzen, die diese Dynamik für eine politische Zentralisierung im Hinblick auf den Klimawandel ermöglichen. Einige Staaten glauben an das «Ideal», den Planeten durch eine globale Zentralsteuerung zu retten. Die industrialisierten Volkswirtschaften möchten ihre hohen Kosten an die Entwicklungsländer weitergeben. Die Entwicklungsländer ihrerseits würden gerne dafür bezahlt werden, dass sie dieses Spiel mitspielen. Ihr Preisschild: 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr.³ Interessierte private Akteure schielen auf in Aussicht stehende staatliche Subventionen. An-

¹ Thatcher, M. (1993). *The Downing Street Years*, London: HarperCollins. S. 728.

² Ebd. S. 727.

³ UNFCCC-Beschluss 2015, Absatz 54

dere private und öffentliche Akteure wollen vom «Greenwashing» profitieren. Nichtregierungsorganisationen suchen den Interventionismus als solchen oder um ihr Gewicht als Interessenvertreter zu erhöhen.

Ganz offen wollen einige – seien es nun Staaten, private Körperschaften oder andere Nichtregierungsorganisationen – den klassischen Liberalismus, den Kapitalismus und die individuelle Freiheit durch eine globale Zentralsteuerung überwinden – also eine Art weltweite Planwirtschaft. Der Klimawandel bietet diesen Akteuren einen Vorwand mit moralischem Anstrich, um ihre etatistischen und korporatistischen Ziele zu verfolgen.⁴

Die meisten dieser Akteure sind jedoch nicht nur Interessenvertreter. Sie spielen eine institutionelle Rolle als Vertragsparteien, Beobachter oder Experten in den Prozessen der UNFCCC und interagieren in einem immer enger werdenden Netz von Gremien, Repräsentanten, Interessengruppen, legitimen und pseudowissenschaftlichen Begleitern, Handelskammern und vielen anderen.

Das Problem ist, dass selbst wenn der Klimawandel tatsächlich ein Problem darstellen sollte, zentrale Planung und Lenkung diese Herausforderung nicht bewältigen werden. Vielmehr sind Eigentumsrechte, Unternehmertum, Wettbewerb, Innovation und Technologie entscheidende Faktoren für den Umgang mit ihm. Nachfolgend werden die Probleme und das Versagen der zentralen Planung und der globalen Harmonisierung bei der Bewältigung des Klimawandels erklärt und einen anderen und erfolgreicherem Ansatz vorgeschlagen.

Hilfreiche methodologische Sorgfalt

Auch wenn man den Klimawandel als ein reales Phänomen erachtet – eine Wahrnehmung, die ich teile –, ist eine gewisse methodologische Sorgfalt beim Anpacken der Herausforderung wichtig und hilfreich. Zumindest kann mit einer methodologischen Sorgfalt erkannt werden, was man wissen (und möglicherweise tun) kann und was nicht bekannt ist (und daher nicht getan werden kann). Vor allem aber führt ein behutsames methodologisches Vorgehen in der Regel zu verhältnismässigerem Handeln als wenn eine Sache überstürzt und in einem Zustand der Hysterie und Panik angepackt wird.⁵ Elemente dieser methodologischen Sorgfalt sind die folgenden:

- Wenn der Klimawandel tatsächlich stattfindet – und selbst wenn er durch menschliche Aktivitäten noch verstärkt wird –, welche Beweise zeigen dann hinreichend, dass die heutige menschliche Gesellschaft dazu in der Lage wäre, ihn umzukehren und ein stabiles Klima aufrechtzuerhalten?
- Angenommen, die Klimaerwärmung selbst könnte mit grossen Anstrengungen aufgehalten und rückgängig gemacht werden, wie kann dann nachgewiesen

⁴ Siehe z.B. Klein, N. (2015). *This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate*, New York: Simon and Schuster; oder: Peet, R., Robbins, P., and Watts, M., eds (2010). *Global Political Ecology*, New York: Routledge.

⁵ Topitsch, E. (1962). Das Verhältnis zwischen Sozial- und Naturwissenschaften: eine methodologisch-ideologiekritische Untersuchung, *Dialectica* 16: 211–231.

werden, dass die Kosten für diese Anstrengungen nicht höher sind als die Kosten, die entstehen, wenn man nichts gegen den Klimawandel unternimmt?

- Ist es möglich, dass die Vorteile des Klimawandels – z.B. dass die heute unbewohnbaren arktischen Regionen neu für Siedlung und Landwirtschaft nutzbar gemacht oder dass neue Energiequellen erschlossen werden könnten – grösser sind als die möglichen Nachteile, die er verursacht?
- Wäre die menschliche Gesellschaft nicht besser dran, sich an die sich verändernden Umstände anzupassen und neue Lösungen für das Überleben zu schaffen, als zu versuchen, die Phänomene auf der Makroebene zu kontrollieren? Dies vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Vorhaben, die von einer Planungsbehörde von «oben herab» befohlen werden, in der Regel scheitern?
- Könnten die unbeabsichtigten Folgen des Versuchs, den Klimawandel durch politische Interventionen zu kontrollieren, schlimmer sein als die Vorteile einer tatsächlichen Eindämmung des Klimawandels?
- Ist es möglich, dass die Schaffung von zentralisierten Machtstrukturen – einer Art Weltregierung – mit dem Ziel, den Klimawandel einzudämmen, in Tat und Wahrheit eine ganze Reihe von Katastrophen auslösen könnte?

Ohne den Klimawandel zu verleugnen, mahnen diese Methodenfragen zu einem vorsichtigen und überlegten Vorgehen, da der heutige Konsens – zumindest unter den politischen Entscheidungsträgern – der folgende zu sein scheint: «Der Klimawandel ist ein Schicksalsthema, das ausschliesslich negative Folgen hat. Deshalb muss er um jeden Preis eingedämmt werden, was nur auf globaler Ebene geschehen kann. Während das Operative von den Nationalstaaten umgesetzt wird, muss der strategische Ansatz für den Kampf gegen den Klimawandel auf globaler Ebene erfolgen. Zumindest ist eine weltweite Koordination, wenn nicht sogar eine globale Lenkung erforderlich. Deshalb sind internationale Vereinbarungen zum Klimawandel – idealerweise in Form eines von den Vereinten Nationen koordinierten oder sogar durchgesetzten Völkerrechts – der richtige Weg.» Das Pariser Abkommen von 2015 ist nur eine von mehreren Massnahmen, die dieser Logik folgen.

Dieses Paper wird sich im Folgenden den Problemen der zentralen Planung und der «Global Governance» zuwenden. Damit folgt er dem in den beiden letzten Punkten zum Ausdruck gebrachten Vorsichtsprinzip. Aus Gründen der Tragweite kann hier nicht auf die ersten vier Aufzählungspunkte eingegangen werden, die jeweils eine viel ausführlichere Diskussion verdienen.

Die Probleme der «Global Governance»

Nimmt man das Pariser Abkommen von 2015 stellvertretend für den globalen Diskurs über die Eindämmung des Klimawandels, wird die Zentralisierung der Aktivitäten überdeutlich. Die Staaten – in der Terminologie der UNO «Vertragsparteien» – einigen sich auf gemeinsame Ziele, gemeinsame Methoden, eine gemeinsame Transparenz, eine gemeinsame Aufsicht und sogar eine gemeinsame Bestandesaufnahme

– ein Mechanismus, mit dem die Vertragsparteien aufeinander Einfluss nehmen, um ihre jeweiligen Ambitionen im Kampf gegen den Klimawandel zu erhöhen.⁶

Auf den ersten Blick erscheint diese Liste von Themen nicht kontrovers zu sein. Aber wenn man die Gesamtheit der Regeln, Modalitäten und Verfahren sowie die auf globaler Ebene angesammelte Entscheidungsgewalt analysiert, wird der Grad ihrer Aufdringlichkeit deutlich. Sie sind ein Mechanismus, durch den die Vertragsparteien ständig Kompetenzen an ein zentrales und globales Geflecht von meist nicht gewählten Beamten und Gremien delegieren.

Um ein Beispiel zu nennen: Es ist das Leitungsgremium des Abkommens, das bestimmt, ob Biokraftstoffe oder Kerntechnologie als Klimaschutzmassnahmen in Erwägung gezogen werden dürfen oder nicht. Dass diese Technologien die Treibhausgasemissionen massiv zu reduzieren vermögen, scheint niemanden zu interessieren. Es kommt lediglich darauf an, was das zentrale Führungsgremium der «Global Governance» in die Liste der «akzeptablen» Klimaschutzmassnahmen aufnimmt. Auch bei den möglichen Ausnahmen der ausgehandelten Freiheiten für Afrika entscheidet das Lenkungsgremium über die Aufnahme in seine Liste, ohne Rücksicht auf den Kontext, in dem eine Technologie eingesetzt wird.

Ein weiteres Beispiel: Die Substitution von Kohlestrom durch Nukleartechnologie in China führt zu geringeren Treibhausgasemissionen. Wenn das Leitungsgremium des Abkommens es jedoch nicht offiziell als Klimaschutzmassnahme definiert, kann es nicht auf die von China kommunizierten Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen angerechnet werden. Einige Vertragsparteien signalisierten den Wunsch, dass das Leitungsgremium noch einen Schritt weiter gehen möge und alle Technologien und Politiken, die es nicht ausdrücklich billigt, effektiv verbieten soll.⁷

Aber die zentralisierenden Tendenzen gehen noch weiter. Unter dem Dach des Pariser Abkommens gibt es mehrere Institutionen und Organisationen zur Harmonisierung der weltweiten Politik in Bezug auf den Klimawandel. Es gibt beispielsweise einen Exekutivausschuss für Technologie, der die einzusetzenden Technologien vereinheitlichen soll. Im Rahmen des Abkommens könnten sich die Vertragsparteien dafür entscheiden, marktgestützte Mechanismen zur Minderung der Emissionen oder zur Anpassung an den Klimawandel einzusetzen. Aber standardmässig neigen sie dazu, einen zentralisierenden Mechanismus unter der Leitung der UNO zu verwenden.⁸ Sollten sich die Vertragsparteien dennoch für die Errichtung eigener Systeme entscheiden, so müssen diese der zentralisierten Anleitung des Leitungsorgans des Abkommens folgen.⁹ Die Vielfalt und der Wettbewerb um die besten Lösungen werden so systematisch unterbunden.

Das vielleicht krasseste Beispiel für die globale Zentralisierung der Politik ist die so genannte globale Bestandesaufnahme. Das Abkommen legt fest: Jede Ver-

⁶ UNFCCC-Abkommen 2015

⁷ Vogler, J. (2016). The UNFCCC Regime, in *Climate Change in World Politics*, London: Palgrave Macmillan, pp. 35–59.

⁸ UNFCCC-Abkommen 2015, Artikel 6.4

⁹ Ebd., Artikel 6.2

tragspartei übermittelt alle fünf Jahre einen auf nationaler Ebene festgelegten Beitrag.¹⁰ Das Pariser Abkommen schreibt den Nationalstaaten nicht nur vor, dass sie sich Ziele zur Emissionsreduktion setzen, sondern auch, in welchem Zeitrahmen sie diese Ziele aktualisieren müssen. Darüber hinaus haben die Ziele, auch wenn sie auf nationaler Ebene festgelegt sind, den internationalen Standards und der internationalen Bestandesaufnahme zu entsprechen. Dies wiederum verleiht der Bestandesaufnahme über einen «name and shame»-Mechanismus hinaus den Charakter eines Gremiums für internationale Politikgestaltung. Im Abkommen gibt es keinen Hinweis auf die freiwillige Einhaltung der Ergebnisse dieses Gremiums. Die erste umfassende Bestandesaufnahme findet 2023 statt.¹¹

Unabhängig von der Bestandesaufnahme als solcher sind Vertragsparteien und Nichtvertragsstaaten, d.h. öffentliche und private Organisationen, eingeladen, Vorschläge zu den jährlichen Klimagipfeln im Rahmen der Klima-Rahmenkonvention einzureichen. Einige der bisher von den Vertragsparteien identifizierten Themen sind zum Beispiel: die Verpflichtung der Finanzmärkte auf Nachhaltigkeit; die Notwendigkeit für die Industrieländer, die Entwicklungsländer für die Verschmutzung in der Vergangenheit – inklusive die Zeiten der Industriellen Revolution – zu entschädigen; die Männlichkeit als Ursache des Klimawandels; das Verbot von Öl und Gas; die gesetzliche Beschränkung der Ernährung auf Vegetarismus oder Veganismus; die Besteuerung des Ausstosses von Kohlendioxid; staatliche Landschaftsgestaltung; «Social Engineering»; sowie die Beschränkung des Privateigentums.¹² Wie diese kurze Aufzählung zeigt, wird die globale Bestandesaufnahme wahrscheinlich zu einer Drehscheibe für zentrale Planung und Interventionismus auf globaler Ebene werden – also zu einer Art Weltregierung, die sich in alle Lebensbereiche einmischen wird.

Ungeachtet der Tatsache, dass einige Elemente dieser Liste bereits in den Text des Pariser Abkommens oder in den Beschluss zu seiner Annahme aufgenommen wurden – etwa zu den Thema Steuern, Regulierungen betreffend die Finanzflüsse, Entschädigung für Vorkommnisse in der Vergangenheit – und wenn man sogar die ausdrückliche Herabwürdigung und Verletzung der individuellen Würde und Freiheit vorerst ausser Acht lässt, sind die Probleme sowohl der bestehenden als auch der vorgeschlagenen Bestimmungen für die grössere zentrale Planung auf konzeptioneller Ebene offensichtlich.

Erstens sind die Natur im Allgemeinen und das Klima im Besonderen undefinierte Systeme.¹³ «Die Natur» ist die Summe unzähliger Interaktionen, von denen jede zu Ergebnissen führt, die für sich genommen zu weiteren Interaktionen führen und sogar neuartige Charakteristiken aufweisen können. Diese Erscheinungen lassen sich zwar teilweise in Modellen abbilden, aber sie lassen sich nicht auf Modelle reduzieren. Und weil sie nicht segmentiert und vereinfacht werden können, sind sie nicht planbar,

¹⁰ UNFCCC-Übereinkommen 2015, Artikel 4.9

¹¹ Ebd., Artikel 14.2

¹² siehe UNFCCC.int für alle Einreichungen zu Klimakonferenzen

¹³ Zwart, H. (2008). *Understanding Nature: Case Studies in Comparative Epistemology*, Dordrecht: Springer Science & Business Media.

geschweige denn steuerbar.¹⁴ Zudem ist die Interaktion des Menschen mit der Natur die Summe unzähliger, für sich allein genommen offener Prozesse. Das natürliche System und die Interaktion von Natur und menschlicher Gesellschaft sind in einem ständigen Zustand der Unbestimmtheit. Logischerweise bedeutet die Regulierung solcher Systeme, dass man noch mehr mit ihnen interagiert, was zu noch mehr Unbestimmtheit führt. Einfach ausgedrückt: die Natur «reagiert» und es gibt unbeabsichtigte Folgen ihrer Regulierung.¹⁵

Zweitens trägt die zentrale Planung von Gesellschaften und Volkswirtschaften eher zu einer Verschlimmerung der Probleme bei, anstatt sie zu lösen. Die meisten historischen Beispiele für zentrale Planung zeigen im besten Fall nur mittelmässige Ergebnisse – wie in Jugoslawien vor den Kriegen – und im schlimmsten Fall katastrophale Auswirkungen – wie in Venezuela, Nordkorea und der Sowjetunion. Es überrascht nicht, dass Länder, die sich auf die zentrale Planung verliessen und verlassen, eine bemerkenswert schlechte Bilanz beim Natur- und Klimaschutz hatten oder haben.¹⁶ Man könnte nun argumentieren, dass einige Staaten mit zentraler Planung – wie etwa China und Singapur – ehrgeizige Klimaziele verfolgten. Doch im Falle Chinas sind die Massnahmen lediglich ein Korrektiv für die Überbeanspruchung der Natur, die von der zentralen Planung zuvor verursacht worden ist. Im Falle Singapurs sind die Klimamassnahmen weitgehend wirkungslos. Seit ihrer Einführung in den 1990er Jahren bis 2017 sind die Treibhausgasemissionen im Durchschnitt um 3,3% pro Jahr gestiegen – eine Rate, die sogar über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum im gleichen Zeitraum liegt.¹⁷ Einfach ausgedrückt: Zentrale Planung verschärft das Klimaproblem und kann daher nicht Teil der Lösung sein.

Drittens hat die zentrale Planung im Allgemeinen, aber insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel, das Potenzial, die individuelle Freiheit und den Wettbewerb zu unterdrücken. Einige tun die Sorgen über die Einschränkung der individuellen Freiheit als engstirnig ab. In der Tat ist die Besteuerung von Treibhausgasemissionen meistens so niedrig, dass sie für viele nicht schmerzvoll erscheint. Die Anpassung der an öffentlichen Schulen verkauften Lebensmittel hat nicht zu Hunger unter Schülern geführt. Selbst die Beschämung derjenigen, die auf eigene Kosten ihr eigenes Auto fahren oder auf eigene Kosten fliegen, hat nicht zu Gewalt und Ausschreitungen im breiten Stil geführt. Diese Beispiele, so banal sie auch erscheinen mögen, stellen trotzdem ernsthafte Einschränkungen oder Bedrohungen für die Freiheit des Einzelnen dar. Das ist ein Problem, denn je weniger individuelle Freiheit es gibt, desto we-

¹⁴ Klooster, D. (2003). *Social Nature: Theory, Practice, and Politics*, New York: Taylor & Francis.

¹⁵ Siehe z.B. Elliott, K. (2010). Geoengineering and the precautionary principle, *International Journal of Applied Philosophy* 24(2): 237–253; Brantz, D. (2011). «Risky business»: disease, disaster and the unintended consequences of epizootics in eighteenth-and nineteenth-century France and Germany, *Environment and History* 17(1): 35–51; Corner, A., Parkhill, K., Pidgeon, N., and Vaughan, N.E. (2013). Messing with nature? Exploring public perceptions of geoengineering in the UK, *Global Environmental Change* 23(5): 938–947.

¹⁶ Vgl. dazu: Grundmann, R. (1991). The ecological challenge to Marxism, *New Left Review* 187: 103–120; Bixler, R.P., Wald, D.M., Ogden, L.A., Leong, K.M., Johnston, E.W., and Romolini, M. (2016). Network governance for large-scale natural resource conservation and the challenge of capture, *Frontiers in Ecology and the Environment* 14(3): 165–171.

¹⁷ UNFCCC 2017

niger Unternehmergeist entsteht. Je weniger Unternehmergeist, desto weniger Wettbewerb. Je weniger Wettbewerb, desto weniger Individuen versuchen, Informationen aus Marktprozessen zu gewinnen. Je weniger Individuen dies versuchen, desto weniger Innovation und technologische Entwicklung wird es geben.¹⁸ Dies ist ein Problem für die Befürworter des staatsgelenkten, planwirtschaftlichen Klimaschutzes unter Führung eines globalen Steuerungsorgans, denn der Internationale Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) räumt ein, dass die im Pariser Abkommen festgelegten Ziele ohne technologische Entwicklung nicht erreicht werden können.¹⁹ Einfach gesagt: Ohne individuelle Freiheit und Wettbewerb gibt es keinen Klimaschutz und keine Lösung für den Klimawandel.

Es gibt Daten, die diese Thesen stützen. Seit der Einführung der «Global Governance» im Bereich des Klimawandels im Jahr 1992 haben die Treibhausgasemissionen weiter zugenommen. Es gibt keine Anzeichen für eine Veränderung des Musters der globalen Emissionen seit der Zunahme der Anzahl der zentralisierten Gremien – mit Ausnahme von Europa, wo die Emissionen rückläufig sind. Im Jahr 1990 wurden weltweit rund 20 Milliarden Tonnen Kohlendioxid ausgestossen; bis 2016 lagen die Emissionen bei über 30 Milliarden Tonnen. Der stärkste Anstieg ist in den letzten acht Jahren, seit 2012²⁰, zu verzeichnen. Interessanterweise hat sich seit 2012 die Zahl der globalen Organisationen, die sich der Bekämpfung des Klimawandels widmen, von 6 auf 18 erhöht.

Wenn «Global Governance», wie hier gezeigt, der falsche Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels ist, was ist dann das Alternative?

Die Vorteile von Graswurzel-Initiativen

Graswurzel-Initiativen zeichnen sich durch individuelles und kollektives Handeln auf lokaler Ebene aus, um Veränderungen auf derselben Ebene zu bewirken – der Ebene, auf der sie persönliche und individuelle Verantwortung wahrnehmen können. Graswurzel-Initiativen werden eher mit einer «bottom-up»- als mit einer «top down»-Entscheidungsfindung in Verbindung gebracht und sind natürlicher oder spontaner als traditionelle politische Machtstrukturen. Graswurzel-Initiativen ermutigen die Teilnehmer durch Selbstorganisation dazu, einen Beitrag zu leisten, indem sie persönliche Verantwortung übernehmen und sich für ihre Gemeinschaft einsetzen.²¹ Da es eine Vielzahl von Graswurzel-Initiativen gibt, gibt es auch eine Vielfalt von Motiven und Triebkräften, insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz. Dies gilt insbesondere für viele Technologien und Instrumente im Bereich Klima und Umwelt.

¹⁸ Siehe dazu: Boettke, P.J., and Candela, R.A. (2017). The liberty of progress: increasing returns, institutions, and entrepreneurship, *Social Philosophy and Policy* 34(2): 136–163; Schneider, H. (2017). *Uber: Innovation in Society*, Cham: Springer.

¹⁹ IPCC 2018

²⁰ IPCC 2018

²¹ Smith, A., Fressoli, M., Abrol, D., Arond, E., and Ely, A. (2016). *Grassroots Innovation Movements*, New York: Routledge.

Die Reaktionen der Graswurzel-Initiativen auf globale Probleme haben eine bemerkenswert solide Erfolgsgeschichte. So war es beispielsweise nicht die zentrale Planung oder die «Global Governance», welche die von Robert Malthus vorhergesagte weltweite Hungersnot entschärft hat. Es war der Wettbewerb, der die Landwirtschaft dazu veranlasste, in Technologien zu investieren, um die Ernten und Bodenerträge zu verbessern. Diese Technologie führte zu einem höheren Output und niedrigeren Kosten der Produkte, was wiederum den Zugang zu Nahrungsmitteln für arme Haushalte erleichterte. Es war die Privatinitiative, welche die solidarische Gesellschaft schuf, in der den Ärmsten unter die Arme geholfen wird.²²

Um zwei weitere Beispiele zu nennen: Es war nicht die zentrale Planung oder die globale Lenkung im Rahmen der Vereinten Nationen oder ihrer verschiedenen Organe, die den Anteil der in Armut lebenden Menschen – die mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskommen müssen – von 37% im Jahr 1990 auf 9,6% im Jahr 2015 reduziert hatten. Es war die Dezentralisierung und Liberalisierung des Handels und die Reaktionen der Basis darauf.²³ Zweitens war es nicht ein zentraler Planer, der das Internet erfunden hat; auch läuft dieses nicht unter globaler Führung einer Weltregierung, sondern auf individueller und basisbezogener Anstrengung. Tatsächlich ist die dezentralisierte, sogar chaotische Struktur des Internets eines der besten Beispiele dafür, wie die Basis Ergebnisse liefern kann.²⁴

Wir müssen also den Rahmen dafür schaffen, dass solche «Grassroots»-Initiativen entstehen können und nicht durch unnötige Regulierungen am Tätigwerden gehindert werden. Was es braucht ist eine Liberalisierung und Entstaatlichung der heutigen Strukturen, die das «top-down» vermehrt durch ein «bottom-up» ersetzen. Entscheidend ist die Fokussierung der staatlichen Aktivitäten auf den Schutz des Privateigentums, weil dies einerseits – aufgrund der Eliminierung des Problems der «Tragik der Allmende» – einen verantwortlicheren Umgang mit natürlichen Ressourcen nach sich zieht, andererseits die Individuen aber auch vor den Zugriffen des Kollektivs oder der Machtelite schützt und damit Unternehmertum und Innovation stimuliert.

Graswurzel-Initiativen und der Klimawandel

Wie könnte man nun konkret die erfolgsversprechenden Ansätze von «Grassroots»-Initiativen für den Klimaschutz nutzen? Es gibt mehrere Beispiele für Klimaschutzmassnahmen an der Basis. Viele unternehmerisch getriebene Initiativen wie Recycling, die Kreislaufwirtschaft, die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und Maschinen, die Reduktion des Wasserverbrauchs, die Umstellung von teuren fossilen auf weniger teure erneuerbare Energieträger und viele weitere Schritte mussten nicht auf politische Massnahmen warten. Sie entstanden aus dem Bewusstsein, dem Eigeninteresse und einer Geschäftsidee.

²² Bashford, A., and Chaplin, J.E. (2016). *The New Worlds of Thomas Robert Malthus: Rereading the Principle of Population*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

²³ World Bank 2018

²⁴ Granic, I., and Lamey, A.V. (2000). The self-organization of the internet and changing modes of thought, *New Ideas in Psychology* 18(1): 93–107.

Neben solchen privaten Initiativen scheint die technologische Entwicklung noch stärker zum Klimaschutz beigetragen zu haben als politische Eingriffe oder staatliche Programme. Beispielsweise führte die Substitution von kohlebetriebenem Kochen durch Elektrifizierung zu einer grösseren Reduktion der Treibhausgasemissionen als die zentral geplanten Kohlenstoffsteuern.²⁵ Ebenso könnte die Effizienzsteigerung von Motoren, die in Flugzeugen und Schiffen eingesetzt werden, den sogenannten Kohlenstoff-Fussabdruck dieser Transportmittel um Welten reduzieren, ganz im Gegensatz zu den Kompensationsprogrammen der «Global Governance». Die Bindung und Speicherung von Kohlenstoff – auf natürliche Art durch Wälder oder auch künstlich – scheint eine weitere vielversprechende Technologie zu sein. Diese kurze Aufzählung zeigt erneut, dass der Wettbewerb verschiedener Ansätze erfolgreicher ist als ein zentrales und globalisiertes Regime, das wenig Rücksicht auf die Vielfalt nimmt.

Diese indikativen Beispiele stellen weder eine erschöpfende Liste noch eine Rangfolge der besten Technologien oder Programme dar. Sie zeigen jedoch drei Merkmale des «Grassroots»-Ansatzes. Erstens ist er hochgradig kontextspezifisch und daher dezentralisiert, weil er lokal entwickelt wird und auf lokale Bedürfnisse und Fähigkeiten eingeht. Zweitens führt er zu einer Vielfalt von Programmen und Technologien, was wiederum zu einem Wettbewerb um Effektivität und Effizienz führt. Die besten Vorgehensweisen und Technologien werden vom Markt bestimmt – also davon, wie viele Akteure es übernehmen und wie schnell. Drittens setzt sie Bildung, Rechtsstaatlichkeit – insbesondere den Schutz von Eigentumsrechten – und das Recht auf Selbstbestimmung voraus.

Programme und Technologien, die «bottom up» entwickelt und angenommen werden, scheinen die wirksameren und effizienteren Mittel des Klimaschutzes zu sein. Schliesslich ist die Steinzeit nicht deshalb zu Ende gegangen, weil dem Planeten die Steine ausgegangen sind oder weil es eine Steuer auf Steine gab. Sie ging zu Ende, weil sich eine neue Technologie entwickelte – die Metallbearbeitung. Und auch diese Technologie war weder zentral geplant noch wurde sie global von Politikorganen gesteuert. Sie war das Ergebnis von Handlungen auf individueller Ebene in Wettbewerbsprozessen. Die Menschheit und der Planet profitierten zuverlässig von der individuellen Freiheit, während Zentralismus und politische Machtkonzentration ebenso zuverlässig Schaden zugefügt haben. Wer sich glaubwürdig für Klimaschutz einsetzen will, sollte daher nicht eine Zentralisierung der Politik und eine «Global Governance» fordern, sondern sich für Dezentralität, freie Marktwirtschaft und individuell Freiheit einsetzen.

²⁵ Goldemberg, J., Martinez-Gomez, J., Sagar, A., and Smith, K.R. (2018). Household air pollution, health, and climate change: cleaning the air, *Environmental Research Letters* 13(3): 030201.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Eine Version dieses Papers wurde an der ECAEF/CEPROM Conference in Monaco vom 10. Dezember 2019 in englischer Sprache präsentiert. Die Übersetzung und Publikation erfolgen mit freundlicher Genehmigung.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2020, Liberales Institut.